


Weg mit dem Maulkorb!

Démocrate  Suisse
Pages 13-15



Roland Schöni,
SD-Zentral-
sekretär und
Nationalrats-
kandidat SD
Kanton Bern

Die umstrittenen, schweizerfeindlichen Anti-Rassismus-Strafnormen; Artikel 261^{bis} StGB und 171c MStG wurden am 25. September 1994 nach einem engagierten Abstimmungskampf beschlossen. 54,6% der Stimmberechtigten befürworteten die neuen Regelungen, während dieselben Gesetzesartikel von 45,4% der Stimmberechtigten abgelehnt wurden. Die neuen, umstrittenen Strafnormen traten am 1. Januar 1995 in Kraft.

Art. 261^{bis} «Rassendiskriminierung»: Wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion zu Hass oder Diskriminierung aufruft, wer öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind, wer mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt, wer öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Per-

son oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert oder aus einem dieser Gründe Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost oder zu rechtfertigen sucht, wer eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie oder Religion verweigert, wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft. Während rassistisch motivierte Gewalt- und Ehrverletzungsdelikte sowie auch Delikte gegen das Eigentum etc. bereits vorher strafbar waren, erfasst Art. 261^{bis} StGB



Falsch

neu auch die Strafbarkeit einzelner Meinungsäusserungen, was dem schweizerischen Rechtssystem bisher fremd war. Heute muss man leider feststellen, dass der Bundesrat anfangs der Neunzigerjahre eine **total falsche Lagebeurteilung** vorgenommen hat. Die Aussage, dass «tief verwurzelte rassistische Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit» das Verhalten eines Teils der Schweizer Bevölkerung prägen, lässt sich in keiner Weise aufrechterhalten. Rassistische Anschläge und Straftaten kommen in der Schweiz bis heute nachweislich und korrekterweise nur sehr, sehr selten vor.



SD-1.-August- Feier 2007 in Matten/BE

Sämtliche Patriotinnen und Patrioten sind herzlich eingeladen, mit uns den Nationalfeiertag 2007 in der Trinkhalle «am kleinen Rügen» in Matten bei Interlaken zu feiern. Die Trinkhalle liegt an reizvoller Lage am Waldrand mit freiem Ausblick auf das grossartige Jungfraumassiv und bildet somit eine zauberhafte Umgebung für eine besinnliche und würdige 1.-August-Feier.



Irreführung des Stimmvolkes

Während des Abstimmungskampfes wurde der Bundesrat und das Parlament landauf, landab nie müde, auf die verschiedenen Vorbehalte hinzuweisen, welche die Schweizer «Vertreter» gegenüber dem UNO-Übereinkommen angebracht hätten. **Nicht zuletzt diese Zusicherungen unserer Regierung ermöglichte den Abstimmungssieg am 25. September 1994.** Umso hinterhältiger ist es, dass gerade diese genannten Vorbehalte schon nach wenigen Jahren wieder aufgehoben worden sind bzw. der Bundesrat und das Parlament an Projekten arbeitet, welche auf die Aufhebung der noch bestehenden Vorbehalte hinzielen. **Entstehungsgeschichte des Anti-rassismus-Artikels:** Anfang der Neunzigerjahre stiegen die Asylbewerberzahlen merklich an. Diskussionen über Asylmissbrauch (der ja

bekanntlich zu einer profitablen Industrie der Linken ausgebaut worden ist), Masseneinwanderungen, IV-Akkord-Missbrauch aus allen vier Himmelsrichtungen, Kriminalität (auch in den Schulen),

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 1.-August-Feier
- 4 Was wird hier gespielt?
- 6 Abschied von Multikulti
- 8 Veranstaltungshinweise
- 9 Selbst erlebt statt bloss erdacht
- 10 Multikulturell = Multikriminell
- 11 Flavio Maspoli
- 12 Der Leser hat das Wort

Weg mit dem Maulkorb

Fortsetzung von Seite 1

bedenkliche Entwicklungshilfe, Kultursubventionen nach dem Prinzip der Kapital-Pornografie, aber auch Ausländerfeindlichkeit prägten den politischen Alltag. Verschiedene gewalttätige Anschläge auf Asylbewerberheime lösten eine öffentliche Debatte über Gewalt, Rechtsextremismus und Migrationsprobleme aus. In dieser Situation fühlte sich der Bundesrat veranlasst, Bestrebungen einzuleiten, um den Beitritt der Schweiz zum «Internationalen Übereinkommen vom 21. Dezember 1965 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (RDK)» einzuleiten. Voraussetzung für den Beitritt zu dieser UNO-Konvention war die Schaffung einer Strafnorm gegen Rassendiskriminierung. Diese Strafnorm gelangte in Form der neuen *Art. 261^{bis} StGB und 171c MStG* im September 1994 zur Volksabstimmung.



...die Zustimmung zum sog. Antirassismus-Artikel «ermöglichte den Beitritt» der Schweiz zum Internationalen (UNO) Übereinkommen «zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung», welches am 29. Dezember 1994 in Kraft getreten ist. Zudem wurde

Anzeige

überflüssigerweise eine kostenintensive «Eidgenössische Kommission gegen Rassismus» ins Leben gerufen. «Über das UNO-Übereinkommen wie auch über die Schaffung der Rassismus-Kommission wurde nie abgestimmt!»

Scheinheiligkeit für Meinungsfreiheit

Nach zwölf Jahren ist festzustellen: Die Gesetzesregelung hat sich in keiner Weise bewährt. Sogar der Vorsteher des zuständigen Justizdepartements sagte: «Sicher bereitet *Artikel 261^{bis} StGB – bzw. Artikel 171c MStG* – mit seinen verschiedenen unbestimmten Rechtsbegriffen **Auslegungsprobleme.**» Die unvoreilhaften Formulierungen führten in den vergangenen zwölf Jahren zu mehr Fragen als Lösungen – und auch zu grossen Unsicherheiten an den Gerichten. Die Diskussion über die Aussage von Bundesrat Blocher zu den Unzulänglichkeiten des Antirassismusgesetzes (ARG) in Ankara und zu dem parlamentarischen Vorstoss unseres **SD-Nationalrates Bernhard Hess** zur Wiedereinführung der uneingeschränkten Meinungsäusserungsfreiheit findet in einer Zeit statt, in der aufgrund der weltpolitischen Ereignisse im Zusammenhang mit dem so genannten Karikaturenstreit und den kürzlichen Überlegungen des Papstes Benedikt XVI viel über die Gewährleistung der Religions-, Glaubens-, Gewissens-, Presse- und Meinungsäusserungsfreiheit gesprochen wurde und wird. Dabei fällt auf, dass Medien, Parteien und

Politiker, die sich noch vor wenigen Jahren klar für die Einführung der Rassismus-Strafnorm ausgesprochen haben, sich nun scheinheilig als Märtyrer der Meinungsfreiheit aufspielen. Jedenfalls muss auch in der Schweiz zunehmend eine unterschiedliche Auslegung der Meinungs- und Pressefreiheit beobachtet werden.

Es ist paradox: Das schweizerische Antirassismusgesetz bietet Hand für eine strafrechtliche Verfolgung nicht konformer Meinungen und Äusserungen. Es bietet Hand für Pressezensur und es unterstützt die Ausgrenzung Andersdenkender. **Kritiker gegen Überfremdung**, der Masseneinwanderung und des Asylmissbrauchs sollen mit Prozessen und Prozessdrohungen eingeschüchtert und mundtot gemacht werden. Diese, einer freiheitlichen Gesellschaft unwürdigen Strafnormen werden allgemein von einer Mehrheit der politischen Kaste geduldet und in den tagespolitischen Auseinandersetzungen als Waffe gegen Überfremdungskritiker eingesetzt. Aus diesen, vorgängig dargestellten (und folgenden) Gründen sind wir Schweizer Demokraten der Meinung, dass die *Artikel 261^{bis} StGB – bzw. Artikel 171c MStG* als unbefriedigende «Fremdkörper im schweizerischen Rechtssystem» gestrichen und abgeschafft werden müssen.

In Zukunft totale Überwachung?

Unsere höchsten Bundesrichter haben zweifellos eine klare Änderung und insbesondere eine Verschärfung der Rechtsprechung

eingeleitet. Diese Praxisänderung ist schlicht ein Betrug am Wahlvolk. Denn dieses hatte am 25. September 1994, wenn auch nur knapp, den Versprechungen des Bundesrates und der Classe politique geglaubt, dass die Rassismus-Strafnormen **«keine nennenswerten Beeinträchtigungen des Alltagslebens beinhalte...»** Nach intensiver Analyse dieser «Gesetzgebung» hat der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) beschlossen, die Rassismus-Strafnormen *Artikel 261^{bis} StGB – bzw. Artikel 171c MStG* mit Hilfe einer **Volksinitiative** abzuschaffen. Diese Volksinitiative wird unter dem Titel: **«Für freie Meinungsäusserung – Weg mit dem Maulkorb!»** anlässlich der SD-1.-August-Feier 2007 im Berner Oberland offiziell von unserem Parteipräsidenten Bernhard Hess



Richtig

vorgestellt und gestartet. Wir, die heimatverbundenen Schweizer Demokraten (SD), haben es satt, dass scheinheilige und unpräzise Gesetzes-Artikel vom Bundesrat und Parlament verabschiedet, und dann als Waffe gegen Überfremdungsgegner und Kritiker der Masseneinwanderung eingesetzt werden. Wir sind überzeugt: Die Meinungsfreiheit ist das Recht eines jeden Menschen.

«Wenn es nicht unbedingt nötig ist, ein Gesetz zu erhalten, ist es unbedingt nötig, unnötige Gesetze abzuschaffen.»

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

Zur Initiative «Gegen den Bau von Minaretten»

Die soeben lancierte Volksinitiative wird, sollte sie zustande kommen und vom Stimmvolk angenommen werden, an der Frage der Umsetzung scheitern wie vor kurzem die Verwahrunginitiative, da laut Bundesverfassung Art. 5, Alinea 4, und Art. 193, Alinea 4 das Völkerrecht respektiert und dessen zwingende Bestimmungen nicht verletzt werden dürfen. Es geht hier um die Europäische Menschenrechtskonvention, welche auch die Religionsfreiheit beinhaltet. Da der Bau von Kirchtürmen weiterhin gestattet, derjenige von Minaretten aber verboten werden sollte, fühlen sich die Muslime diskriminiert. Was nach der Übung zurückbleibt ist eine Masse frustrierter Bürger, die sich verschaukelt vorkommen. Hier rächt es sich, dass das Stimmvolk am 18. April 1999 die neue Bundesverfassung, dergemäss das Völkerrecht dem Bundesrecht

übergeordnet ist, angenommen hat. Auch die SVP gab damals die Ja-Parole aus! Statt «Gegen den Bau von Minaretten» sollte das Volksbegehren «Gegen die Errichtung von Sakralbauten jeglicher Art» lauten. Die Schweiz ist übersät von übergrossen, zumeist leeren Kirchen, so dass in Anbetracht der schwindenden Landreserven und der hohen Bodenpreise der Bau weiterer Kirchen, Moscheen, Hindu- und Buddhistentempel, Synagogen usw. ökonomisch ein Unsinn ist. Stattdessen sollten die kaum mehr benutzten Kirchengebäude den nicht christlichen Glaubensgemeinschaften zum Kauf oder zur Miete angeboten werden mit der Auflage, deren Äusseres nicht zu verändern. Auf der Turmspitze dürfte jedoch statt eines Kreuzes oder Hahns ein Halbmond oder ein anderes religiöses Symbol in den Himmel ragen.



Damit würde keine bestimmte religiöse Gemeinschaft diskriminiert, und die Kirche bliebe im Dorf.

Leserbrief Max P. Morf

1.-August-Feier 2007 der Schweizer Demokraten

Trinkhalle am kleinen Rugen in Matten bei Interlaken

Liebe Parteifreunde

die SD-Sektion Berner Oberland hat die Ehre, Sie und Ihre Familienangehörigen nach Matten (bei Interlaken) zur 1.-August-Feier einzuladen.

Festprogramm:

- 10.00 Eintreffen der Gäste in der Trinkhalle am kleinen Rugen, in 3800 Matten bei Interlaken
- 10.30 Gemeinsames Singen «Rufst du mein Vaterland»
- 10.35 Musik aus der Umgebung
- 10.45 Begrüssung durch den SD-Sektionspräsident Walter Brunner
- 10.55 Grussbotschaft der Gemeinde Matten durch eine Gemeindevertretung
- 11.15 Musikalische Unterhaltung
- 11.30 Ansprache von Nationalrat Bernhard Hess, SD-Präsident; Grussbotschaft durch Martin Frischknecht, Präsident Gesundheitspartei (PIG); Heinz Wegmann, FPS-Freiheitspartei, Berner Kantonsvizepräsident; Oliver Bleitzhofer, Präsident Männer-Partei (MP)
- 12.15 Musik und gemeinsames Mittagessen
- 13.30 Überraschungsprogramm
- 14.00 Kaffee, Kuchen **und** «im Freien» Armbrustschieszen
- 15.30 Rangverkündigung
- 15.45 Verabschiedung durch den SD-Kantonalpräsidenten Roland Schöni
- 15.50** Gemeinsames Singen des Schweizerpsalms. **Ende des offiziellen Teiles**
- 18.00 gemütliches Grillieren (nur auf Bestellung)
- 21.00 Verlassen die Letzten diese historische Anlage am Rugen in guter Erinnerung



Menü:

Kartoffelsalat und heisser Hammen
Kaffee, Tee, Mineral, Wein und Bier
Gebäck, gemacht von unseren Frauen

1. Portion Fr. 8.00 weitere Portionen Fr. 2.50
siehe Getränkeliste vor Ort
Fr. 2.00 (für die SD-Sektionskasse)

Anreise:

Bahn; Bahnhof **Interlaken West** (siehe SD-Fahrzeug beim Ausgang Migros) **Telefon: 076 355 90 95**

Motorfahrzeug aus Richtung Bern:

(«Nach» dem Rugentunnel) **Ausfahrt Matten / Wilderswil links abbiegen**, ins Dorf Matten fahren, nach der Tamoil-Tankstelle links kommt eine leichte Rechtskurve **mit Abzweigung links!** Diese Abzweigung befahren, bis eine Unterführung kommt, anschliessend **rechts abbiegen**. Geradeaus das steile Strässchen hochfahren. Vis-à-vis ist die Rugenbrauerei mit grossem Parkplatz, den wir benutzen dürfen (beachten Sie aber, dass Werkverkehr betrieben wird). Weiter geht es zu Fuss oder mit dem SD-Fahrdienst (zu Fuss ca. 3 Minuten).

Motorfahrzeuge aus Richtung Brünigpass:

Ausfahrt Matten / Wilderswil («nach» Ausfahrt Bönigen), **rechts abbiegen**, dann wie oben.

Was wird hier gespielt?



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat, Köniz

Was wird hier gespielt? – so fragt zurzeit gleich mehrfach, wer die schweizerische Politik verfolgt.

I.) Da will die Nationalbank bis Ende September 2009 von den angeblich noch vorhandenen 1290 Tonnen Gold im Wert von derzeit rund 32 Milliarden Franken weitere 250 Tonnen mit einem aktuellen Wert von rund 6,5 Milliarden verkaufen.

– Der Grund für den Verkauf liege im akuten Anstieg des Goldpreises – so wird argumentiert!

Das ist wenig glaubhaft.

– Viel wahrscheinlicher ist, dass die USA Druck macht, da sie zurzeit möglichst viel Gold zusammenkauft, um für den unweigerlich kommenden Zusammenbruch der heutigen Papierdollarwährung gerüstet zu sein.

– Da der Goldpreis in den kommenden Jahren massiv weiter steigen wird, grenzt es an strafbare Dummheit, jetzt erneut ohne Not Gold gegen – ja, gegen was – zu verkaufen.



Es bestehen Zweifel, ob unsere Nationalbank wirklich «physisch» über die genannte Goldmenge verfügt.

– Nach Thomas Jordan, Direktionsmitglied der SNB, sollen die Währungsreserven gleich bleiben, da mit dem Erlös Devisen (vermutlich US-Schatzanweisungen) gekauft werden sollen. Also Devisen, die beim zu erwartenden Crash wertlos sein werden. Bei sinkendem Goldpreis werde dann wieder Gold gekauft, behauptet Jordan. **Für wie dumm hält uns die SNB?**

– Übrigens bestehen begründete Zweifel, ob unsere Nationalbank wirklich «physisch» über die genannte Goldmenge verfügt. Der Zürcher Finanzexperte Walter Hirt rechnet damit, dass rund 300 Tonnen Gold ausgeliehen seien, die im Notfall kaum noch zurückgeholt werden können. (Vielleicht erinnert man sich an dieser Stelle an die Politik der USA im Zweiten Weltkrieg gegenüber der damals klar neutralen Schweiz! Damals wurden unsere Goldreserven in den USA während langer Jahre sequestriert.)

Wo übrigens unsere Goldbarren liegen, ist auch unbekannt. Das hat seinerzeit Bundesrat Villiger im Parlament unwillig zu erklären veranlasst: Das wisse er nicht, das wolle er nicht wissen und das brauche er auch nicht zu wissen!

Sicher wäre es nötig, die allenfalls noch im Fort Knox gelagerten Goldbestände heimzuholen, da diese beim heutigen Rechtsverständnis der USA nicht mehr sicher sind. Die Schweiz dürfe ihren Goldschatz nicht länger dem latenten Zugriffsrisiko amerikanischer Richter aussetzen – so hiess es noch vor einem Jahr. Ob wohl der geplante Verkauf damit zu tun haben könnte, dass das Gold ohnehin nicht mehr aus den USA herausgebracht werden kann, ist eine offene Frage. Möglich wäre es jedenfalls, dass es sich um einen das Publikum täuschenden «Zwangstausch Gold gegen Schatzanweisungen» handelt.

Vor ziemlich genau einem Jahr (12. Juni 06) erklärte Bundesrat Merz noch (Zitat):

«Gemessen an der Grösse und an der Bedeutung des Schweizer Finanzsystems sind die Währungsreserven unseres Landes sogar knapp dotiert. Es besteht daher kein Spielraum für eine weitere Reduktion der Währungsreserven beziehungsweise für weitere ausserordentliche Goldverkäufe der Nationalbank.» Und jetzt diese widersprochene Ankündigung der Nationalbank!



Gemäss General Keckeis soll die Schweizer Armee zu US-amerikanischen Hilfssheriffs verkommen.

Tatsache ist allerdings, dass inzwischen im Mittleren Osten mehrere Krisenherde unter der gütigen Mitwirkung der CIA in bürgerkriegsähnliche Wirrnisse umgekippt sind und einiges darauf hinweist, dass wir mit einem grösseren, unmittelbar bevorstehenden (nuklearen) Waffengang gegen den Iran rechnen müssen. Allen voran die USA, aber auch Russland, China und Japan und die arabischen Staaten sind deshalb daran, ihre Papierwerte in Goldreserven umzuwandeln.

Da drängt sich die Frage auf, ob wir bereits zum Vasallenstaat der USA degradiert wurden und schon jetzt unseren Tribut für die kommenden kriegerischen Auseinandersetzungen zu leisten haben.

II.) Die Erhöhung des Auslandskontingentes auf 500 Soldaten ist ein Faustschlag ins Gesicht eines jeden überzeugten Schweizer!

Denn Schweizer sein, heisst:

- neutral sein;
- unabhängig sein;
- der humanitären Doktrin verpflichtet sein!

Nun soll also die Schweiz zur Hilfstruppe US-amerikanischer Geopolitik verkommen. Und «General Keckeis» weiss schon genau, wo unsere Soldaten eingesetzt werden sollen:

- im Kosovo, um die abziehenden Amerikaner zu ersetzen, die «anderswo stark engagiert sind». Das heisst, die Schweiz springt ein, damit die USA ihre völkerrechtswidrigen Einsätze weiter führen kann. Keckeis – ein pri-



Christoph Keckeis (Zitat): «Wir können auch friedenserzwingende Einsätze leisten. Und sie wären meiner Meinung nach auch vereinbar mit der Neutralität.»

ma Hilfssheriff – ein amerikanischer Orden ist ihm sicher!

– Im Sudan, um den USA bei ihrer Drecksarbeit behilflich zu sein. Um das dort in grossen Mengen vorhandene Öl auszubeuten und der einheimischen Bevölkerung die Brosamen hinwerfen zu können.

– In Afghanistan, um dort die Trümmer der von den USA angeordneten Totalkatastrophe aufzuräumen zu helfen!

Es ist klar, warum Bundesrat Schmid sofort nach dem Beschluss zur Verdoppelung des Auslandskontingentes erneut ein Transportflugzeug anforderte. Unsere Soldaten müssen doch mit ihrer Ausrüstung auf die Schlachtfelder gebracht werden und evtl. im Zinksarg auch wieder heimgeholt werden können.

Was wird hier gespielt?

Fortsetzung von Seite 4

Wenn Keckeis erklärte: (Zitat) «Wir könnten auch friedenserzwingende Einsätze leisten. Und sie wären meiner Meinung nach auch vereinbar mit der Neutralität!», so ist festzuhalten, dass solche Einsätze weder etwas mit Frieden zu tun haben, noch mit der Neutralitätsverpflichtung vereinbar sind.

Ein so genannt friedenserzwingender Einsatz heisst nichts anderes als Krieg und nochmals Krieg mit all den fürchterlichen Auswirkungen auf die betroffenen Menschen und die ganze Völkergemeinschaft.

Wenn Bundesrat Schmid und das Parlament derartige Aussagen des «Generals» mit Schweigen hinnehmen, machen sie sich mit-schuldig, wenn wir zum gefügigen Hilfstruppen-Lieferanten für die expansionsbesessene Hegemonialmacht USA werden.

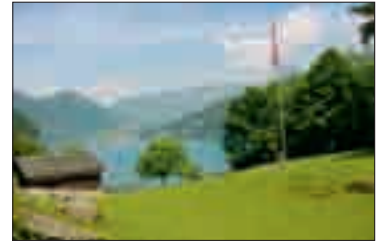
Wahrhaftig – es ist höchste Zeit, dass unser Volk klar Position bezieht – die Mehrheit unserer Volksvertreter scheinen dazu nicht mehr fähig zu sein.

Sonst landen wir unvermittelt in dem sich abzeichnenden, weltpolitischen Schlamassel und werden teuer bezahlen müssen – mit Geld und Leben (unserer Soldaten!).

Kanton Thurgau

Armes Rütli...

Was liegt im Wahljahr auf der Hand? Ausgerechnet SP-Bundespräsidentin Calmy-Rey und die FDP-Nationalratspräsidentin wollen mit Reden auf dem Rütli, bezahlt mit Steuerfranken – «Pflöcke einschlagen». Nach all dem schweizfeindlichen Öffnen, den EU-Lob- und Anbiederungsgesängen von Linken und FDP soll jetzt die patriotische Platte aufgelegt werden; nicht zuletzt, um die grossen Wahlverluste wettzumachen. Zudem hat der Dümme im Lande gemerkt, dass Öffnung Lohndumping bringt und Masseneinwanderung



noch mehr Missbräuche und Kriminalität uns allen beschert! Schade, dass fragwürdigste Boulevard-Medien Theater machen, miese Regie führen – danke Herr und Frau Ringier...

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Aladins Wunderlampe?

Die Bauten und Verteilzentren von Aldi und Lidl werden von Regierungsparteien wie «Aladins Wunderlampe» beklatscht, gelobt und als grossen Fortschritt bejubelt! Was für ein Schwachsinn! Die Eigner dieser Firmen machen mit Billigprodukten Milliarden, zahlen traurige Löhne und miese Sozialleistungen, verkaufen Produkte aus Billiglohnländern, um die halbe Welt gekarrt, ohne Rücksicht auf Tier- und Umweltschutz. Der von Linken und Grünen stets missbrauchte Konsumentenschutz wird heute mit dem EU-Ziel vor Augen schamlos auf EU-Niveau reduziert (EU: 40 kg Hühner auf einen Quadratmeter) und GEN-Schutz sogar ganz vergessen... Auf den wenigen, noch grünen Wiesen wird gebaut. Alles unter einem Dach! Bald werden auch wertvollere Arbeitsplätze bei Landi, Migros und Coop abgebaut,



denn der «Kuchen» kann nicht immer grösser werden. Fachgeschäfte in den Altstädtchen machen Bankrott. Was aber soll mit den schönen, nicht mehr benutzten Läden in den älteren Ortskernen geschehen? Wie könnten sie langfristig erhalten werden? Gibt dies Platz für noch mehr Prostitution und angegliederte «Wellness»? Eines ist sicher, wer bei Aldi und Lidl einkauft, sollte auch einen Lohn bekommen, wie er in EU-Ländern üblich ist! Wäre es nicht fair, durch den Einkauf in unseren Läden auch unsere Arbeitsplätze zu erhalten? Zum allfälligen Verteilzentrum Wigoltingen sei schon heute verraten: Hunderte von Sattelschleppern werden täglich die Anwohner und Anwohner der Strassen in der ganzen Ostschweiz beglücken. Wundervoll, solche Aussichten! Da kann doch ein Normalsterblicher von Lärm, Dreck, Feinstaub und vielem mehr – nur noch träumen und jubeln vor lauter Glück. Ein richtiges Aladin-(Lampen-)Wunder!

Ihre SD Thurgau

Schalmeien am Bodensee

Schalmeien waren Holz-Blasinstrumente der Hirten und die Vorläufer der heutigen Oboe. In der Antike berichten Dichter von «Schalmeienklängen», die Menschen zu oft gefährlichen Schritten stimuliert oder besser verführt haben.

Wieder und immer wieder lesen wir heute in der Tageszeitung vom Bodenseeraum, den Grüne aus den drei Anrainerstaaen gentechfrei gestalten wollen – natürlich rechtzeitig auf die Herbstwahlen 2007. Ein Lokalradio hat sogar eine Umfrage über die Akzeptanz unter der Hörerschaft eilfertig gestartet – als wäre dies ein Geschenk des Himmels. Offensichtlich glauben die Grünen, dass wir Bürger total vergesslich geworden sind, und die unkritischen Publikationen man-

cher Redaktoren geben ihnen Recht. Unser Volk hat klar Nein zur Gentechnik gesagt und die Menschen schätzen dies. Trotzdem haben die Grünen für die Öffnung alles getan und werben heute noch für einen EU-Anschluss – wohlwissend, dass in dieser EU Gentechnomanipulationen erlaubt und Alltag sind. Inkonsequenter geht es wohl gar nicht. Und noch eines, auf diese Weise lassen sich immer Schlagzeilen machen und man bleibt im Gespräch. Nicht schlecht für die Wahlen – aber wie steht es um die Glaubwürdigkeit dieser Partei? Werden die Sorgen und Sachthemen nur dazu missbraucht, um in den Medien zu bleiben? Moderne Schalmeien?

Willy Schmidhauser, Dettighofen

Deutsche Sprak, schwere Sprak

Zitat von Bundesrätin Calmy-Rey an der Arena-Sendung vom 7. April 2006 betreffend die Ost-Milliarde: «Die Schweiz hätte das Geld nach Brüssel geben haben werden müssen.» Du verstehen? Die Frau Bundesrätin hat hier wohl alle Verben, die sie auf Deutsch kennt, in diesen Satz verpackt. Ich glaube, kein deutschsprachiger Bundesrat, nicht einmal der Primarschulabsolvent Adolf Ogi würde auf

Französisch einen solchen Holperatz fertigbringen, wirklich eine Schande. Im Gegensatz zu den Romands, die jeden Deutschschweizer, der auch nur mit einer Spur Deutschschweizer Akzent französisch spricht, als «Fransä fetteral» (auf Französisch Français fédéral) abtun, sprechen die meisten Tessiner gut bis sehr gut deutsch und französisch.

Dragan Najman, Baden

----- ✂ -----
Bestell-Talon: Rechtzeitig zum 1. August:

Die neuen SD-Leibchen und -Kappen sind da!

Leibchenpreis mit Druck:

Fr. 40.– plus Versand

Leibchen Grössen:

S / L / X / XL / XXL oder grösser

Preis Kappe mit Druck:

Fr. 16.– plus Versand



Anzahl Leibchen: _____

Grösse(n) _____

Kappe / Anzahl: _____

Rechnungsadresse/ Besteller: _____

Bestellungen an: SD-Laden, Postfach 88, 3806 Bönigen,
E-Post: info@schweizer-demokraten.ch

Abschied von Multikulti

Vertrauen, Altruismus und Fürsorge in multikulturellen Gesellschaften

Frank Kemp Salter (Hrsg.), Welfare, Ethnicity, and Altruism. New Findings and Evolutionary Theory, Frank Cass Publishers, London & Portland, OR, 2004, 341 Seiten

Wegen eines massiven Geburtenrückgangs und einer allgemein längeren Lebenserwartung der Bevölkerung erfährt Europa seit Jahren eine zunehmend beunruhigende Vergreisung. Vor allem die Erhaltung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und die Finanzierung der Renten bereiten Sorgen. Als Gegenmittel wird neben der Erhöhung des Pensionierungsalters meistens Zuwanderung empfohlen: Die fehlenden Kinder und Arbeitskräfte sollen in auswärtigen (europäischen wie aussereuropäischen) Ländern gefunden werden (wollte man beispielsweise die gegenwärtige deutsche Altersstruktur halten, so «müssten bis zum Jahr 2050 175 Millionen Menschen nach Deutschland einwandern» [1]). Dass die Gastgeberländer dabei ethnisch heterogener werden, wird von einem Teil der politischen Klasse als sehr positiv, als Bereicherung bewertet. Fachleute sehen dies jedoch differenzierter: Langfristig wird sich die bisherige Mehrheitsgesellschaft «zu einer Multi-Minoritären-Gesellschaft [wandeln], wobei keine dieser Minderheiten (...) die absolute Mehrheit hat. Dadurch verliert auch der Begriff der Mehrheitsgesellschaft, in der sich die zugewanderte Bevölkerung integrieren soll, an konzeptioneller Aussagekraft, denn eine Mehrheitsgesellschaft, die die absolute Mehrheit einbüsst, erleidet auch Einbussen an ihrer Integrationsfähigkeit» [2].

Ethnische Risslinien?

Tatsächlich begann die Blase der Multikulti-Utopie schon vor ein paar Jahren zu platzen: Islamistische Anschläge forderten Opfer in Amsterdam, Madrid und London, Rassenkrawalle erschütterten französische und englische Städte, Ehrenmorde entrüsteten Deutschland. In Schulen mit hohem Anteil an «Kindern mit Migrationshintergrund» wird der Unterricht zunehmend schwieriger, was wiederum die spätere berufliche Eingliederung der Schulabgänger erschwert und sich auf die Jugendkriminalität auswirkt. Die Integrationsbereitschaft nimmt ab: Parallelgesellschaften und ethnische Kolonien,



In Schulen mit hohem Anteil an «Kindern mit Migrationshintergrund» wird der Unterricht zunehmend schwieriger.

in denen die Einheimischen nicht mehr erwünscht sind (im Berliner Kreuzberg kam es z.B. schon zu Vertreibungsversuchen [3]), haben sich bereits gebildet. Das verbindende Vertrauen schwindet.

Die Lage wird zusätzlich durch wirtschaftliche Probleme verschärft: Millionen von Menschen – sowohl Einheimische wie Zugewanderte – sind in Deutschland oder Frankreich arbeitslos; sie befinden sich dadurch einerseits in Konkurrenz für Arbeitsstellen und sind andererseits auf staatliche Sozialhilfe angewiesen. Bei hoher Staatsverschuldung stellt sich aber regelmässig die Frage der Finanzierung der Fürsorgesysteme, die sich vorerst wohl nur mit Sozialhilfekürzungen oder mit Steuererhöhungen ansatzweise lösen lässt. In diesem Zusammenhang werden gewisse Fragen aber so gut wie nie gestellt: Wie wirkt sich die wachsende ethnische Heterogenität der europäischen Gesellschaften lang-

fristig auf Fürsorge und Umverteilung aus? Wie wahrscheinlich ist auf Dauer die Gefahr, dass die unterschiedlichen Volksgruppen, aus denen sich die Bevölkerung zusammensetzt, nur noch die eigenen Interessen wahrnehmen wollen, d.h. keine Rücksicht mehr auf den Grundsatz des Gemeinwohls nehmen und sich nicht länger bereit erklären, Sozialhilfe für alle zu finanzieren? [4] Diesen Fragen widmet Frank Kemp Salter als Herausgeber ein über 300 Seiten dickes Buch: *Welfare, Ethnicity, and Altruism. New Findings and Evolutionary Theory*.

Ethnien sind real

Zu den Autoren des Sammelwerks gehören u.a. Forscher wie Irenäus Eibl-Eibesfeldt und Pierre L. van den Berghe, die sich schon seit längerer Zeit mit «ethnischem Nepotismus» – d.h. mit der Tendenz, die eigene Ethnie oder Volksgruppe zu bevorzugen – beschäftigen. Im Ge-

gensatz zu vielen zeitgenössischen Autoren, die behaupten, Ethnien und Ethnizität seien bloss soziale Konstrukte, vertreten Salter et al. im Wesentlichen die Meinung, Ethnien bildeten eine sowohl subjektive wie auch objektive Realität. Das Zugehörigkeitsgefühl und -bedürfnis des Menschen ist in der Tat nicht zu leugnen: Auch politische Akteure, die die Realität von Ethnien bestreiten und auf eine «offene Gesellschaft» hinarbeiten, empfinden sich trotzdem als Mitglieder einer Partei oder Bewegung und schliessen Andersdenkende aus. Das Denken mit «Wir»- und «die Anderen»-Kategorien darf mit höchster Wahrscheinlichkeit als universelles Phänomen betrachtet werden.

Im letzten Kapitel des Buchs setzt Salter sich insbesondere mit den Schriften von Michael Walzer, Peter H. Schuck, Bill Jordan und Robert D. Putnam auseinander. Er wirft ihnen vor, ethnische Faktoren für irrelevant zu halten oder nur intuitive (d.h. keine wissenschaftlich fundierten) Kenntnisse davon zu haben. Zwar gestehen diese Autoren zum Teil die negativen Konsequenzen von ethnischer Heterogenität auf die Fürsorge, jedoch fällt es ihnen aus ideologischen Motiven schwer, logische Schlüsse daraus zu ziehen (beispielsweise die Notwendigkeit einer restriktiveren und selektiveren Einwanderungspolitik). Sie beteuern stattdessen weiterhin, die Vorteile – angeblich mehr Toleranz und Offenheit – seien grösser als die Nachteile. Putnams eigene Studien belegen aber beispielsweise, dass es in ethnisch homogenen Siedlungen mehr Vertrauen und Kontakte gibt als in gemischten Siedlungen.

Gewichtung der ethnischen Faktoren

Neben Texten theoretischerer Natur enthält das Buch zudem auch interessante Fallstudien. So wird am Beispiel Russlands die Rolle der ethnischen Zugehörigkeit und des Geschlechts beim Geldgeben an Bettler gezeigt (Kapitel 2): Russische Männer geben am ehesten russischen und moldawischen Bettlern, während Roma am wenigsten bekommen. Russische Frauen zeigen sich hingegen gegenüber allen drei Gruppen etwas grosszügiger. Trägt der Bettler ein Uniformteil, geben russische Männer ihm leichter Geld: Die gemein-

same Erfahrung des Militärdienstes schlägt Brücken.

Aber nicht alle Autoren des Sammelwerks kommen zu so eindeutigen Ergebnissen. Im dritten Kapitel beobachten James N. Schubert und Michael J. Tweed den Einfluss der Gemeinschaftsgrösse und -heterogenität auf das karitative Spenden in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ihre Studie belegt einerseits, dass in kleineren Gemeinschaften mehr gespendet wird, andererseits dass der Einfluss der ethnischen Faktoren geringer – aber nicht unbedeutend – ist als die Grösse der Gemeinschaft. Zudem scheint die Wirkung der Heterogenität nicht linear zu sein: Wider Erwarten ist die Spendenbereitschaft in sehr homogenen Gemeinschaften am niedrigsten. Überschreitet der Minderheitenanteil jedoch 10 Prozent, nimmt die Spendenbereitschaft mit der grösseren Vielfalt allgemein ab. Diese Ergebnisse zeigen, dass eine gewisse Vorsicht geboten ist.

Weitere Studien kommen ebenfalls zu anscheinend widersprüchlichen Schlüssen: Während Stephen K. Sanderson (Kapitel 4) und Tatu Vanhanen (Kapitel 5) sich darüber einig sind, dass die ethnische Heterogenität eine negative Wirkung auf die Spendebereitschaft hat, stuft ersterer diese Wirkung als gemässigt bis stark, letzterer als sehr schwach ein. Allerdings werden diese Bewertungsunterschiede in der anschliessenden Diskussion auf die Empfindlichkeit der stati-



Ethnien sind real.

stischen Indikatoren zurückgeführt (Sandersons Befunde gelten im Endeffekt als realitätsnäher). Hiermit wird gezeigt, wie wichtig es ist, gerade in Hinsicht auf politische Massnahmen, über genaue Konzepte und Messinstrumente zu verfügen: Eine Fehldiagnose kann schwerwiegende Folgen haben.

Vielfalt, Wachstum und Umweltbelastung

William A. Master und Margaret S. McMillan bestätigen in ihrer Studie (Kapitel 7), dass ethnospächlich heterogene Gruppen weniger Geld in kollektive Güter wie Gemeindeverwaltung, lokale karitative Vereine und nationale Sozialhilfeprogramme investieren, und dass sie sich ebenfalls durch geringeres

wirtschaftliches Wachstum kennzeichnen. Sie sehen zudem ein, dass die Erhaltung von vielen kleinen ethnosprachlichen Gruppen unter gewissen Umständen (Mittelknappheit oder Unsicherheit) von Vorteil sein kann, vertreten aber überraschenderweise die Ansicht, die Vereinigung unterschiedlicher Gruppen innerhalb eines einzigen Staates habe dank Skaleneffekten u.a. schnelleres wirtschaftliches Wachstum zur Folge. Sie errechnen, dass die negativen Wirkungen einer um 1 Prozent höheren ethnischen Vielfalt durch eine Zunahme der Gesamtbevölkerung um 1.8 bis 3.3 Millionen Menschen annulliert werden. Salter hält diese Ansicht für unrealistisch: Aus Masters und McMillans Rechnungen ergibt sich

nämlich, dass die Bevölkerung eines Landes im Durchschnitt um rund 25 Millionen Menschen wachsen müsste, damit die negativen Wirkungen von 10 Prozent ethnischer Vielfalt kompensiert würden. In vielen Ländern ist dies in Hinsicht auf die Umweltbelastung schlicht undenkbar.

Salter inhaltlich dichtes Buch, das sich im Rahmen dieser kurzen Besprechung nicht zusammenfassen lässt (die Studien über Primatenverhalten oder über die Minderheitenpolitik in Kanada liess ich z.B. aus), bildet eine willkommene wissenschaftliche Informationsquelle zu Fragen, die jeden politisch interessierten Menschen beschäftigen sollten, aber in der Öffentlichkeit nur sehr selten erwähnt werden.

[1] Stefan Luft, *Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise*, Resch-Verlag, Gräfling, 2006, S. 24.

[2] ebd., S. 33-4.

[3] Der Spiegel, 46/2005, S. 120.

[4] Der Vollständigkeit halber muss hinzugefügt werden, dass diese letzte Frage sich nicht nur auf die Dichotomie Einheimische/Zuwanderer bezieht, sondern auch für die Spannungen unter Einheimischen gelten kann. Es darf nicht vergessen werden, dass beispielsweise Basken sich von Spanien trennen wollen, Korsen von Frankreich, Flamen von Belgien, Schotten von Grossbritannien usw.

Jan Mahnert, Bern, ist ein parteiunabhängiger Autor. Der oben abgedruckte Text erschien ursprünglich in der österreichischen Zeitschrift GENIUS 1/2007, S. 50-2

Verbrauch wächst, Natur schrumpft

Unter obigem Titel erschien einer von mehreren Artikeln in Zeitungen u.a. über die Weltbevölkerung, die seit Jahren in wachsendem Mass von den Vorräten der Natur lebt. Der Untertitel hiess: «Die Schweiz lebt mehrfach über ihre natürlichen Verhältnisse.» Was dies zusammen mit der gesamten Industrialisierung der Welt einbringt, erfahren wir seit langem, ersehen es aber immer deutlicher anhand von Bildern und Nachrichten betreffend Klimaerwärmung, die, wie es heisst, Klimaflüchtlinge nach Europa und in die Schweiz schwemmen wird. Bundesrat Schmid warnt deshalb im Bundesrat vor künftigen Migrationsströmen. Es ist beruhigend zu wissen, dass vorgesorgt wird. Denn nicht nur das Eis der Arktis und der Schnee auf dem Kilimandscharo schmelzen, sondern auch **unsere** Gletscher. Auch **unsere** Boden, so

weit nicht verbaut und verbetoniert, wird austrocknen, die Wasser-Vorräte schwinden, umso erschreckender, wenn laut Experten die Schweiz 550 000 Klimaflüchtlinge – pro Jahr! – aufzunehmen hätte. Ein unrealistischer Plan, wenn in Zukunft schon für die eigene Bevölkerung (wovon 5 Millionen Eingewanderte in den letzten 50 Jahren) Lebensmittel und Wasser knapp würden.

Bundesrat Schmid plane Armeeeinsatz, liest man, und vom Bundesrat sollte man ja erwarten dürfen, dass er die Schweiz schützt. Die Ernüchterung folgt beim Weiterlesen: Die Armee soll nicht für uns präsent sein, sondern um Camps einzurichten und zu unterhalten für die erwarteten Flüchtlinge. Zudem soll sie massive Hilfe vor Ort leisten. Womit wohl? Bisher haben doch trotz unzähligen Einsätzen von Hilfswerken/Orga-

nisationen/Einzelpersonen vor Ort die Flüchtlingszahlen immer zugenommen.

Mit der Ankündigung, dass und wie gut wir solche Flüchtlingsströme bei uns aufnehmen werden, wird ein voreiliges und falsches Signal gesetzt. Besser für alle und das Klima wärs, nötige Massnahmen zu erklären und zu fordern, etwa: Fischer und andere Menschen, die direkt am Meeresufer wohnen, sollen ins Innere des Landes ziehen, sie sollen die Apparate zur Entsalzung von Meerwasser bedienen lernen, Wasserleitungen legen, sofort die Zerstörung der Wälder und Gehölze stoppen, Aufforstung betreiben, ihre eigenen, den Böden und dem Klima angepassten Früchte und Getreide anpflanzen, ihre Handwerker, Ärzte, Wissenschaftler, die sich im Ausland haben ausbilden lassen, zurückrufen zur Ausbildung der eigenen Bevöl-

kerung usw. Nicht nur wir, auch die sogenannten armen Länder müssen mit den Klima-Umwälzungen, wie sie vorausgesagt werden, möglichst selbst fertig werden. Dies sind bessere Voraussetzungen, als einfach gleich in andere Länder auszureisen, die ebenfalls mit den Veränderungen zu kämpfen haben werden.

Evelyn Küffer, St. Gallen

Darum dürfen wir Muslime gar nie einbürgern...

1.) Auf der Schweizer Fahne, auf unseren Pässen und in jedem Wappen ist das Kreuz unser Nationalsymbol. Für Muslime ist das Kreuz eine Beleidigung, eine totale Zumutung, ja eine absolute «seelische Grausamkeit»! (Das Rote Kreuz musste durch einen gelben Halbmond auf der Rot-Kreuz-Fahne ersetzt werden) Zudem legen wir immer wieder Amts-Eide ab und schwören auf Bibel und christliche Verfassung. Das alles muss, sind einmal genügend Muslime eingebürgert, abgeschafft werden! Die internationale Computerschrift wurde in Saudiarabien geächtet, Grund ist der Buchstabe X. Er darf im ganzen Königreich nicht mehr benutzt werden, weil er dem Kreuze gleicht...

2.) Der Koran fordert und sagt es ausdrücklich: «Ungläubige» (das sind alle Nicht-Muslime) sollen und dürfen angelogen, ja regelrecht und möglichst oft aufs «Kreuz gelegt» werden. Das ist eine Ehre, ja ein grosses Verdienst eines «Gläubigen», das auch später mit dem Himmel belohnt wird. (Wer schon Diskussionen mit Muslimen geführt hat, kann über deren geschliffene und verlogene Argumentation ein «Liedlein singen») – ein Zusammenleben und Zusammenstehen in einer



Muslime attackieren in Jakarta einen Christen.

Nation Schweiz wird so praktisch gar nie möglich sein! Scheich Abd Al-Aziz ruft im saudiarabischen Fernsehen zum Hass gegen Christen auf: «Jeder Muslim, der einen Ungläubigen nicht hasst, ist kein wahrer Muslim!» In den Schulbüchern der König-Saudi-Akademie werden Christen und Juden als Affen und Schweine dargestellt...

3.) In aller Welt verfolgen Muslime Christen. Gemäss UNO alleine in Afrika pro Jahr 40 000 Ermordete und Hunderttausende werden vertrieben, verkauft,

verklavt, vergewaltigt und verkrüppelt. Christliche Spitäler und Schulen werden angezündet, Priester und Lehrer umgebracht – Kirchen können schon gar nicht gebaut werden. Es gibt nur «Gläubige und Ungläubige». Im Koran steht schwarz auf weiss, was alles mit Ungläubigen gemacht werden darf. Wer am meisten massakriert, kommt in den 7. Himmel (ein moslemisches Paradies mit Dutzenden von 9 bis 15-jährigen Jungfrauen).

4.) Der Islam ist eine mittelalterliche Kampfreigion mit einer

totalen Männerherrschaft! Gleichberechtigung und Frauengleichstellung ist eine naive Illusion! Dazu kommen Zwangsheiraten, Beschneidungen, Schleier, Turn- und Badespens und totale Unterwerfung unter den Mann – alle anderen modern und gebildeten Frauen sind Nutten und können «benutzt» werden...

Aus diesen wenigen, kapitalen Fakten gibt es nur einen einzigen Schluss: Wir dürfen auf keinen Fall Moslems einbürgern. Tun wirs doch, tickt die Zeitbombe. Unser Land wird nicht wieder zu erkennen sein! Kampf, Terror und Mord werden den Alltag dominieren. Wollen wir das wirklich? Beispiele in aller Welt sind einsehbar – werden allerdings von fragwürdigen Medien kaschiert...

Willy Schmidhauser,
Präsident SD Thurgau,
Dettighofen

**Für die grosszügige
Spende danken wir FM herzlich.**



Hannes Steffen und Parteileitung

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



SD-1.-August-Feier
in der Trinkhalle Rugen in Matten
bei Interlaken
(vgl. Einladung Seite 3)



Bezirke Baden / Brugg / Zurzach:
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
20 Uhr im Restaurant Winkelried,
Wettingen

Aargau West:

Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr
im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau

Fricktal:


Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr
im Restaurant Rössli, Eiken



Sektion Reinach und Umgebung:
Jeden 1. Montag im Monat
um 19.30 Uhr im «Reinacherhof»



Kantonalpartei Basel:
Jeden 1. Montag im Monat ab
19.30 Uhr im Rest. Rheinfelderhof

JSD  15. Juli, ab 11 Uhr Wasserskiplausch
im Hafen von Lüscherz
(Besammlung bei der Grillstelle)



Stadt Bern:
Jeden letzten Dienstag im Monat
ab 20 Uhr im Restaurant Bären,
Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern.

Sektion Köniz:

Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant
Brunnenhof, Köniz

Sektion Berner Oberland:

Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr
im Hotel Milan in Ringgenberg

Sektion Thun/Konolfingen:

Jeden letzten Donnerstag im Monat
ab 19.30 Uhr im Restaurant Schärmehof,
von May-Strasse 43, Thun



Innerschweiz:
Jeden 1. Montag im Monat ab
19.30 Uhr im Hotel Spatz,
Obergrundstrasse 103, Luzern



Sektion Wil und Umgebung:
Informationsabend jeden 2. Montag
im Monat im Restaurant Fass in Wil.
Nähere Informationen unter
www.infowil.ch/sd-wil

Sektion St. Gallen:

29. August: Stamm ab 19.30 Uhr
im Restaurant Hirschen, St. Gallen, Bus Nr. 1



Sektion Bülach:
Jeden 1. Mittwoch im Monat ab
20 Uhr im Hotel Airport an
der Oberhauserstrasse 30,
8152 Opfikon-Glattbrugg

Sektion Hinwil:

Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im
Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil
(Kegelbahn)

Anlässe für 2007 melden an: sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

SD 

Selbst erlebt statt bloss erdacht

Bergier-Bericht widerlegt



Robert Berner,
Rheinfelden

Der Millionenteure BERGIER-Bericht von 1999 – damals von «Nachgeborenen» verfasst, ist hundertfach widerlegt. Leider hat er unserer Jugend ein Zerrbild ihrer Väter, Grossväter, Mütter und Grossmütter eingepflanzt. Die nach Hitlers Machtübernahme unter gewaltiger Anstrengung aufgebaute Abwehrbereitschaft, sei es Aufrüstung, sei es Festungs- und Bunkerbau, stufen unsere eigenen Nachkommen im Rückblick als überflüssig ein. Zum Glück gibt es noch Zeitzeugen sowie Bücher, die ganz anders von unserem Willen, unseren Anstrengungen berichten. Höchste Zeit, solche Erinnerungen in Druck zu geben. In Grossformat erschien 2006 in Zurzach das Werk «Zweiter Weltkrieg, Schwierige Zeit». Seit dem 30-jährigen Krieg (1618–1648) und bis 1945 gab es längs der Rheingrenze immer wieder ernsthafte Bedrohungen. Für die Jahre von 1939 an kommen hier Zeitzeugen aus dem Abschnitt von Stein bis Kaiserstuhl zu Wort.

Pläne, Lebensläufe, Diensterlebnisse, menschliche Schicksale

Was bis vor kurzem noch streng geheim war ist auf reproduzierter Landeskarte einzusehen: alle Bunker und Festungen zwischen Schwaderloch und Kaiserstuhl. Dieser gewaltige Aufwand hat uns Schweizer – nebst der Vorsehung – vor dem Schicksal des übrigen Europa bewahrt. Wir sind darüber dankbar. Alle grenznahen Orte waren damals unpassierbar gemacht. So – im Buch nicht behandelt – das Städtchen Rheinfelden mit allen seinen verwinkelten Gassen, später die «Limmatstellung», dann das «Redit», beileibe keine «Einladung» zum Einmarsch. Eindringlich lesen wir über den befestigten Friedhof von Leuggern, der Einfallsachse an der Aaremündung. Menschlich berühren persönliche Geschichten wie Hochzeiten über die Grenze, «Kriegstraumung, Geburt und Tod» (nach Stalingrad in der Gefangenschaft), der Arbeitsinsatz der Bauernkinder, der mit Kindern gesegneten Mütter. Den Soldaten wurde fast Übermensch-

liches abverlangt. Ohne «Plan Wahlen» und strenges Rationieren hätten wir böse Zeiten erlebt. Zum Glück waren wir damals nur etwas über vier Millionen. Heute wäre alles prekärer.

Spannung bis ganz zuletzt

Recht dramatisch wurde es nochmals gegen Kriegsende. Die Deutschen am Comersee, die Amerikaner im Jura, die Russen in Richtung Bodensee. Die Deutschen entschlossen, Rheinbrücken und Rheinkraftwerke in die Luft zu sprengen. Eine Schiesserei am Schweizer Zoll in Koblenz ging mit einem Toten glimpflich ab. Schwieriger Fall war das neu errichtete Kraftwerk Reckingen. Dessen Sprengung konnte nur verhindert werden, als beherztes Schweizer Militär «drüben» den Brückenkopf neutralitätswidrig besetzte, bis schliesslich die Franzosen die Sicherung gegen Sprengung übernahmen. Mag sein, dass Grenzbewohner zu normalen Zeiten Vorteile aus ihrer Lage ziehen können. In Kriegszeiten kann es «ins Auge gehen».

Eugen Bircher, Chefarzt in Aarau, zugegen bei meiner Geburt 1918, gebührt das Verdienst, die Festung Reuenthal als erste solche am Rhein veranlasst zu haben. Deutsch-freundlich, wäre er nur allzugern mit Schweizern nach Russland gezogen. Als «Trost» blieb ihm die umstrittene Ärztemission nach Smolensk. Dennoch besteht wenig Zweifel an seiner



Fahnenziehung 1945: General Guisan dankt den Schweizer Soldaten für den Wehrwillen zwischen 1939 und 1945.

schweizerischen Gesinnung. Fest steht jedoch, dass uns die unverrückbare Neutralität, wie auch die gebauten Bunker und der damalige Wehrwille vor dem Untergang be-

wahrt haben.

Schwierige Zeit in unserer Region, Zweiter Weltkrieg. Historische Vereinigung Bezirk Zurzach, 5330 Zurzach, Fr. 48.– zuzüglich Porto.

Quo vadis Schweizer Armee?

So kann es nicht weitergehen. Die völlige Unsicherheit in unserem Land über Landesverteidigung und Armee ist unübersehbar.

Mit dem Beginn der Sommersession des eidgenössischen Parlamentes häufen sich die Medienbeiträge zur Auslandsorientierung unserer Armee (u.a. «Schweizer Soldat»; Lz-Beitrag in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) vom 4. Juni 2007). Wir verweisen auch auf die Ziffer 3 unserer Nachricht Nr. 60 hinsichtlich der Ausführungen von Dr. Haltiner bei der Offiziers-Gesellschaft Winterthur vom 12. Mai 2007. Wenn man die Auffassungen der FDP-Schweiz und der SP-Schweiz analysiert, so ist der Verkauf unseres Landes an das Ausland beschlossene Sache. In ähnlicher Richtung marschiert

der Nationalrat mit seiner Abstimmung vom 6. Juni 2007 (Truppenstärke und Auslandseinsätze). Und diese Richtung wird untermauert durch den Lz-Beitrag «Teilnahme an Übungen der NATO Response Force» in der NZZ vom 4. Juni 2007. Mit solchen Kampfeinsätzen wird unsere Neutralität tangiert und das Mitmachen bei der NATO wird durch die MAXI-FDP-Zeitung nun sozusagen offiziell angekündigt. Wer hat im Abstimmungskampf 2002/03 um die Armee XXI gelogen? Die «Aktion Aktivdienst» oder die «Ja-Sager»? Und schliesslich sei auf die Bundesverfassung verwiesen. Wo steht im Artikel 58.2, dass Kriegsverhinderung und Erhalt des Friedens für unsere Truppen im Ausland zu geschehen hat? Die nachhaltigste, einfachste

und finanziell vorteilhafteste Form für diese Aufträge ist mit einer leistungsfähigen Armee zu erreichen, die Respekt und damit im Sinne unserer Militärgeschichte eine klare Dissuasionswirkung schafft.

Es ist höchste Zeit der grassierenden Unsicherheit in unserer Sicherheitspolitik ein Ende zu bereiten. Wäre es nicht an der Zeit, eine umfassende Volksbefragung durchzuführen mit dem Ziel Antworten auf folgende Fragen zu erhalten:

- entweder a) vertiefte Auslandsabhängigkeit durch Mitwirkung in einem Bündnis
- oder b) Weiterführung unserer bisherigen Sicherheitspolitik im Sinne des «Dreigestirns» «Bewaffnete Neutralität, Gute Dienste, Humanitäre Aktionen»?

*AKTION AKTIVDIENST,
der Präsident und der Vorstand*



Multikulturell = Multikriminell

AZ 11. Juni '07: Titel: Extra Messer gekauft und zugestochen. Untertitel: Baden. 17-jähriger Türke überlebt Messerangriff. Schon der Titel lässt vermuten, dass der oder die Täter wohl nicht Schweizer sein dürften, denn Messer gehören eher ins «Ressort» Süd- bis Südosteuropa/ Balkan. Dass dies tatsächlich der Fall war, wurde aber erst fast am Schluss des längeren Artikels klar: So ganz nebenbei wurde in einem einzigen Satz erwähnt: «Beide stammen aus Serbien-Montenegro.» (Am liebsten hätte man die Nationalität in der ausländerfreundlichen AZ wohl gar nicht erwähnt). Der eine hatte in jeder Hand ein noch blutiges Küchenmesser bei sich, der andere hatte sogar drei Messer bei sich. Zwei weitere Männer, die in derselben Gruppe dabei waren, wurden ebenfalls verhaftet; deren Nationalität

waren ein Deutscher und ein weiterer Mann aus Serbien-Montenegro. Alle waren zwischen 17 und 20 Jahren. Die Messer hatten die vier Männer kurz vorher in einem Warenhaus gekauft. Sie waren vorher in der Bahnhofunterführung um 19.00 Uhr gegen eine Gruppe Albaner in einer Schlägerei unterlegen und wollten sich rächen.

Wann merken es unsere Politiker der anderen Parteien endlich, dass die Schweiz immer mehr zum Tummelplatz sich bekämpfender Nationalitäten, Rassen, Ethnien wird.

Nebenbei bemerkt: Montenegro ist seit zirka einem Jahr ein eigener Staat und gehört nicht mehr zu Serbien. Aber so weit gehen die Kenntnisse der AZ-Schreiberlinge halt nicht.

Dragan Najman, Baden

ihre Stimmbürger vernünftiger sind als die Gemeindebehörde. Zweitens müssen diese «Parteischädigungen» schlussendlich die Steuerzahler der Gemeinde Möhlin bezahlen.

Maulkorb für Stimmbürger?

Dem Schreibenden drängt sich folgende Vermutung auf: Mit dieser «Bestrafung» der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für die Ablehnung von Einbürgerungsgesuchen will unser Volksgerichtshof erreichen, dass keine Gemeinde es mehr wagen soll, Einbürgerungen abzulehnen, weil sie sonst mit Bussen bestraft wird. Ich hoffe, dass



sich die Gemeinde Möhlin mit allen juristischen Mitteln gegen die Bezahlung dieser Bussen wehren wird. Ich fürchte allerdings, dass dies aussichtslos sein wird, denn gegen die allmächtigen «Richter» unseres Volksgerichtshofs ist unsere Demokratie wohl machtlos.

Wieder Extrawürste für Ausländer

Kommentar zu einem Bundesgerichts-Urteil vom 21. Mai 2007



*Dr. Dragan Najman,
e. Grossrat,
Baden*

Vorgeschichte: Am 22. Juni 2006 lehnte die Gemeindeversammlung von Möhlin/AG die Einbürgerungsgesuche von neun Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien ab. Die abgelehnten Bewerber zogen die ablehnenden Beschlüsse des Souveräns an das Bundesgericht weiter, trotzdem der Gemeinderat zugesichert hatte, er werde die Einbürgerungsgesuche an der nächsten Gemeindeversammlung vom 7. Dezember 2006 neuerlich traktandieren. Deshalb sistierte das Bundesgericht die Beschwerden. An der Gemeindeversammlung vom 7. Dezember wurden die Gesuche erneut allesamt abgelehnt. (Kein Wunder, denn Leute, die sich an unsere Demokratie nicht halten und demokratisch gefällte Mehrheitsentscheide nicht akzeptieren wollen, haben bei uns nichts verloren, die Red.). Nach der

erneuten Ablehnung der Einbürgerungsgesuche nahm das Bundesgericht die Beschwerden wieder auf. Wegen der erneuten Ablehnung schrieb das Bundesgericht die Beschwerden als gegenstandslos ab.

So weit so gut, könnte man meinen. Aber oha lätz! Erstens wurden den Beschwerdeführern keine Kosten auferlegt. Ich bin kein Jurist, aber ich habe bisher gemeint, dass normalerweise die unterlegene Partei die aufgelaufenen Kosten tragen müsse, aber offenbar gilt dies nicht bei Ausländern.

Aber das dicke Ende kommt noch

Zusätzlich muss nämlich die Gemeinde Möhlin jedem der Beschwerdeführer eine Parteischädigung von je Fr. 800.– bezahlen (!!). Das ist nun wirklich der Hammer. Der Schreibende bezeichnet unser Bundesgericht seit Jahrzehnten als «Volksgerichtshof» (für unsere jüngeren Leser: Volksgerichtshof hiessen im «tausendjährigen Reich» die berühmten Schauprozesse gegen Nazigegner, die Red.). Diese Bezeichnung erweist sich offenbar immer mehr als völlig berechtigt. Erstens kann die Gemeinde ja nichts dafür, dass

Unsere Justiz – nur blauäugig oder einfach dumm?

In der «Aargauer Zeitung» vom 5. Mai 2006 stand unter dem Titel «Drogenring gesprengt», dass die Kantonspolizei Aargau einen Drogenhändlering ausgehoben hat. Es handelte sich um zehn Türken und drei Schweizer, darunter eine Frau. Dass trotzdem nur die männliche Form genommen wurde, ist irgendwie typisch. Aber das ist nicht das Wesentliche am Artikel, sondern Folgendes: Die Bande hatte unter anderem mit 240 Kilogramm (!) Marihuana gehandelt und vier davon hatten Geldwäscherei betrieben im Umfang von sage und schreibe 4,7 Millionen (!) Franken. Der absolute Tiefpunkt

folgte am Schluss des Artikels (wörtlich): «Die Beschuldigten befinden sich wieder auf freiem Fuss. Sie müssen sich nun vor dem Bezirksgericht Rheinfelden verantworten.» (Zitatende) Glaubt unsere Justiz allen Ernstes, dass diese Leute bis zur Gerichtsverhandlung tatsächlich in der Schweiz bleiben werden? Oder ist es gar so, dass die zu erwartende Strafe trotz des enormen Deliktbetrages so gering sein wird, dass man ruhig im Schlaraffenland Schweiz bleiben kann? So oder so – da liegt bei unserer Justiz (oder gar unserer Gesetzgebung) wohl einiges im Argen. *Dragan Najman, Baden*

Zur Anklage gegen Perincek

Vor dem Antirassismus-Gesetz sind nicht alle Bürger gleich

Der türkische Politiker Perincek läuft vor dem Gerichtsgebäude herum und wiederholt lautstark in aller Öffentlichkeit, vor Presse und Fernsehen, seine Leugnung des Genozids an den Armeniern. Die Staatsanwaltschaft verlangt nur eine bedingte Strafe. Wie ganz anders in meinem Fall, als ich wegen meiner Kritik am betäubungslosen Schächten zu Gefängnis unbeding

verurteilt wurde, wegen Uneinsichtigkeit. Perincek ist auch nicht einsichtig. Dass er bedingt und ich unbedingt bestraft werde, hat mit Recht und Gesetz nichts zu tun, aber mit Politik. Die Justiz als Mittel der Politik – eine Schande für einen Rechtsstaat.

Erwin Kessler, Verein gegen Tierfabriken, vgt.ch

Flavio Maspoli war unser Freund!

Im Juni hat Flavio Maspoli von unserer Welt, schwer krank, 57-jährig, Abschied genommen. Ich mag mich noch gut erinnern, als ich ihn das erste Mal sah. Am Tessiner Fernsehen sprach er über den Tessiner Filz und dass man diesen bekämpfen müsse.

Er war zusammen mit Giuliano Bignasca Gründungsmitglied der Lega. 1991 wurden fünf SD- und zwei Lega-Nationalräte nach Bern gewählt. Die Lega gewann mit Giorgio Morniroli sogar einen Ständeratssitz. Flavio Maspoli wurde vom heutigen Tessiner Regierungsrat Marco Borradori nach Bern begleitet. Und wir entwickelten die Idee, eine gemeinsame Bundeshausfraktion zu bilden. Maspoli, Borradori und Morniroli sagten sofort zu und Maspoli wurde ein Freund der SD. Auch ein grosser Freund von mir. Wir erlebten sehr schöne Stunden zusammen – gewannen auch eidgenössische Abstimmungen. Maspoli war ein begnadeter Rhetoriker – wenn er redete, sei es in einem Saal, im Nationalrat, am Radio oder im Fernsehen – ihm hörte man zu. Man merkte auch immer, dass er als Studierter der deutschen Sprache perfekt mächtig war.



Flavio Maspoli anlässlich der SD-1.-August-Feier 1992 in Sempach.

Und wann immer unsere SD angegriffen wurde, Maspoli legte ein gutes Wort für uns ein!

Wir haben zusammen versucht, unsere nationale, konservative aber auch soziale Politik in die Tat umzusetzen. Und während einiger Zeit waren wir auch recht erfolgreich damit.

Leider hatte Flavio Maspoli ein nicht eben glückliches Verhältnis zum Geld. Das wurde ihm – dem immer zu allen Leuten grosszügigen Menschen – leider zum Verhängnis. Es folgte der private und der politische Absturz ins Nichts. Und so endete auch sein Leben traurig – er war ziemlich einsam und verlassen. All die vielen Bewunderer von damals wendeten sich ab.

Nun hat er seinen Frieden gefunden. Wir danken ihm von ganzem Herzen für die vielen tollen politischen und privaten Zeiten, die wir mit ihm erleben durften.

Flavio, Du fehlst uns, ein Politiker wie Du einer warst, täte unserem Land auch heute noch gut!

Rudolf Keller

1.-August-Spende



Aufruf des SD-Zentralpräsidenten Bernhard Hess

Am ersten August feiern wir den Geburtstag unseres Landes. Wir erinnern uns an den Ursprung der Schweiz. Der Rütli-Schwur der Eidgenossen steht für den Willen zur Unabhängigkeit: Wir wollen selber für uns sorgen und wir brauchen keine fremden Richter. Diese Selbstbestimmung hat uns Wohlstand, Freiheit und Sicherheit gebracht und hat uns einzigartige Volksrechte beschert: Bei uns hat das Volk das letzte Wort. Mit einem EU-Beitritt hätten wir in sehr vielen Fragen nichts mehr zu sagen. Wer in die EU will, zerstört den Rütli-Bund. Einzig wir Schweizer Demokraten stehen für eine freie, unabhängige, schweizerische und ergolgreiche Schweiz ein.

Leider mussten wir feststellen, dass ein ganz beträchtlicher Teil unserer Abonentinnen und Abonenten bis Stichtag, 30. Juni 2007, ihr Abonnement für unsere Monatszeitschrift noch nicht begleichen. Das ergibt ein finanzielles Loch von mehr als 50 000 Franken.

Wie können Sie helfen? Sofern der vorgedruckte, blaue Einzahlungsschein noch bei Ihnen zu Hause liegt, bitten wir Sie, den bescheidenen Betrag von Fr. 45.– raschmöglichst einzuzahlen. Sie ersparen uns somit Kosten und Arbeit, die bekanntlich zum allergrössten Teil ehrenamtlich geleistet wird. Sofern Sie nicht mehr sicher sind, ob Sie das Abonnement für das laufende Jahr bereits einbezahlt haben, nehmen sie ungeniert den beiliegenden Einzahlungsschein und begleichen Sie doch einfach die Fr. 45.–. Weiter müssen wir leider feststellen, dass ein beträchtlicher Teil unserer Leserschaft (vor allem Betagte, Rentner und Alleinerziehende, aber auch Jugendliche ohne Arbeit und Familien mit Kin-

dern) schlicht nicht mehr in der Lage sind, den Jahresbeitrag von Fr. 45.– zu begleichen. Wir zählen deshalb auf Ihre freundeidgenössische Solidarität: Für Fr. 45.– können Sie ein Patenschaftsabonnement übernehmen und ermöglichen somit einem minderbemittelten patriotischen Gesinnungsfreund, weiterhin unsere wertvollen Informationen zu erhalten.

Selbstverständlich sind wir für Spenden – ob gross oder klein – äusserst dankbar und versichern Ihnen, dass wir auch weiterhin mit ganzer Kraft für das Wohl unserer geliebten Heimat und unseres geschätzten Vaterlandes weiterkämpfen werden.

*Mit freundeidgenössischem Gruss
Ihr Bernhard Hess*

SD 
Schweizer Demokraten

Hinterhältiger Charme

EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner will mit Charme die Schweizer «Freunde» zu einer «guten Lösung» bewegen. Seit dem Ja zur Kohäsions-Milliarde hat die Schweiz jeglichen Respekt verloren und wird nur noch als «unsere Freunde» tituliert. Frau Ferrero-Waldner kommt gar nicht auf den Gedanken, dass der Steuerstreit vor allem auf den viel zu hohen Besteuerungssystemen für Holdiggesellschaften in der «eigenen» EU begründet ist.

Den Fehler bei anderen suchen ist einfach. Ein noch grösserer Verlust an Landesrespekt blüht der Schweiz, wenn sie sich – analog den Spargutzinsbesteuerungen für natürliche EU-Bürger / Personen – zur erneuten Steuereintreibungsbehörde zugunsten der EU (sanft, jedoch mit viel Charme) erpressen lässt. Dem Besuch Ferrero-Waldners in Basel und Bern kann deshalb weder Respekt noch Ehre erwachsen.

*Marcus Stoercklé jun.,
Basel*

Der Leser hat das Wort



In dieser Rubrik werden die persönlichen Meinungen unserer Leser wiedergegeben. Diese decken sich nicht notwendigerweise mit derjenigen der Redaktion.

Multikultopia

Kein Tag vergeht ohne eine Meldung in unseren Zeitungen von kriminellen Ausländern, die sich bei uns einfach nicht anpassen wollen. Vergewaltigungen, Mord, Raub, Erpressungen, um nur einige zu nennen. Es kommen natürlich auch Eingebürgerte in den Meldungen vor. So probiert man von dem Problem Multikulti abzulenken. Schon im Alten Testament steht geschrieben: Nimmst du den Fremden auf, entfremdet er dich deiner Lebensart. Er entzweit dich mit deiner Familie. Ausländerverhaltensforscher haben schon vor Jahren darauf hingewiesen, dass das friedliche Zusammenleben von Menschen dort am besten gewährleistet ist, wo jede andersartige Kultur, jedes Volk sein eigenes Gebiet hat, wo es ohne Einmischung von aussen leben kann. So gesehen

ist «Multikulti» eine zur Gewalt neigende Konfliktgesellschaft und damit zutiefst inhuman. Ein Blick in die Kriminalstatistik liefert den Beweis. Die Schweizer (wie auch die anderen europäischen Nationen) haben Massenzuwanderung immer abgelehnt – das belegen Umfragen –, sie wurde uns von Parteien und Interessengruppen übergestülpt. Was hilft, ist ein vernünftiges «Rückwanderungsgesetz», um den Entwurzelten, den Gescheiterten und den hier nie heimisch Gewordenen eine «Rückkehr in Würde» zu ermöglichen. Die Politik ist gefordert, das zu richten, was sie zu verantworten hat. Sollte das nicht gelingen, ist nicht auszuschliessen, dass die Politikverdrossenheit in eine Staatsverdrossenheit umschlägt.

Edwin Schalcher, Thurgau

Swissair-Urteil ist ein Hohn

Mit Konsternation, Enttäuschung und vielfach auch mit Wut hat man die Freisprüche und die enormen Entschädigungszahlen im Swissair-Prozess zu Kenntnis nehmen müssen.

Ist es nun tatsächlich so, dass die Hauptverantwortlichen an dieser Katastrophe ungeschoren davon kommen können und sogar noch fürstlich entschädigt werden? Der Gerechtigkeitssinn der meisten Bürger versteht das nicht, kann dies nicht akzeptieren. Anscheinend wurden keinerlei Gesetze verletzt (!). Hat da die Staatsanwaltschaft ihre Aufgabe mangelhaft gelöst? Die erste Anklageschrift wurde ja vom Gericht zurückgewiesen. Jedenfalls bleibt die sehr bittere Feststellung, dass Dummheit und Unfähigkeit in der Firmenführung nicht strafbar

sind. Selbst wenn es sich um hochgelobte FDP-Wirtschaftsfachleute handelt. Ein absoluter Hohn für die vielen tausend Angestellten, die entlassen werden mussten, die um ihren Lohn und die Pensionskasse zittern mussten und immer noch müssen, sowie der vielen Lieferanten, die um die Bezahlung ihrer Rechnungen bangen müssen. Eine grosse Blamage auch für unser Land! Sehr zu hoffen ist, dass dieser Jahrhundertfall mit besseren Argumenten ans Obergericht weitergezogen wird, und dass der folgende Zivilprozess eine bessere und gerechtere Beurteilung bringen wird. Die vielen unschuldig Betroffenen, unsere Bürger und unser Land haben das tatsächlich verdient.

*Schweizer Demokraten (SD),
Bezirk Dielsdorf, P. H. Kuhn*

Muss das Rütli am 1. August von Prominenz besetzt sein?

Dass es heute Politiker aller Parteien auf das Rütli zieht, wirkt sehr beruhigend. Doch ist das Rütli für einen nationalen Anlass der Frauen wirklich gross genug? In Begleitung politischer Prominenz kann und darf nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht auf Sicherheitskräfte verzichtet werden. Daher folgender Vorschlag:

Überlassen wir das Rütli am kommenden 1. August alleine den Familien mit deren Kindern. An diesem auf dem denkwürdigen Rütli

gefeierten Geburtstag wäre es sinnvoll, einmal der Präambel unserer Bundesverfassung zu gedenken. Die dazu nötige Ansprache könnte ruhig einem parteilosen Bürger überlassen werden. Mit dem für den Sicherheitsdienst eingespartem Geld könnte jede Familie mit Wurst und Brot versorgt werden. «In der Familie muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland», wurde schon lange vor mir wiederholt verkündet.

Peter Baumgartner, Langenthal

UNO: Ein starkes Stück

Doudou Diène, UNO-Sonderberichterstatter gegen Rassismus, ortet in der Schweiz rassistische Tendenzen und fordert ein diesbezügliches Aktionsprogramm. Doudou Diène kommt aus dem Senegal, einem Empfängerland schweizerischer Entwicklungshilfe, aber auch Herkunftsland illegaler Einwanderer. 2005 hat die Eid. Kommission gegen Rassismus (ERK) schweizweit ganze 113 rassistisch motivierte Vorfälle registriert. Im gleichen Jahr ereigneten sich hingegen bei uns 347 Körperverletzungen und 198 Raubüberfälle, begangen durch Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz, d.h. zu einem grossen Teil durch Angehörige anderer Rassen oder Ethnien. Nicht gezählt wurden Diebstähle, Morde, Betrügereien, Drogendelikte, Schlägereien usw. Diese ungleich gravierenderen Tatbestände ignoriert der Mann aus dem Senegal, auch die ERK führt darüber verständlicherweise nicht Buch. Aber, wer bei uns die illegale Einwanderung mit all ihren Auswüchsen wie Verbrechen, vermindertem Lerntempo in den Schulen, Kosten in



Milliardenhöhe usw. ablehnt, wird als rechtsextrem und ausländerfeindlich beschuldigt, oder gar als Neonazi gebrandmarkt. Logischerweise von Organisationen, die finanziell und politisch aus der illegalen Einwanderung Profit schlagen. Übrigens hätte Doudou, um den Rassismus zu bekämpfen, weder sein Heimatland noch Afrika verlassen müssen. In Dakar, der Hauptstadt Senegals, veranstalteten Einheimische ein Pogrom gegen ausländische Händler. Resultat: 54 Tote, die Überlebenden wurden durch Plünderungen ruiniert, was Doudou ebenso wenig interessierte wie die rassistisch motivierten Auseinandersetzungen in Darfour und Somalia. Über Zimbabwe, wo weisse Farmer mit Billigung der Regierung ermordet und/oder enteignet wurden, verliert der Afrikaner kein Wort. Anders wäre die Sachlage, wenn die Mörder Europäer und die Opfer Afrikaner gewesen wären. Doudou sollte folglich in erster Linie den Rassismus in Afrika bekämpfen. Nebenbei könnte er vor Ort potenzielle illegale Einwanderer vor dem Rassismus in der Schweiz warnen. Damit sie in Zukunft einen weiten Bogen um unser Land machen!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Bankskandal mit Staatsgarantie

Der Ex-Chef der Zürcher Kantonalbank hat aus Profitgier gegen seine eigenen, bankinternen Weisungen verstossen und «verschwand» nach öffentlichem Druck. Unseriöse Banken- und Wirtschaftsleute ermöglichen nationalen und internationalen Finanz- und Immobilienhaien unsere Firmen zu kaufen und Arbeits-

plätze zu gefährden. Sind in Banken- und Wirtschaftswelt vermehrt Atheisten am Werk, die nur ihrem Ego und Profit-Credo verpflichtet sind? Mein trauriges Fazit: Viele Aktionäre, Bankiers und Manager haben kein Gewissen mehr, nicht einmal ein schlechtes!

Elmar Schneider, Goldach/SG



Folie des grandeurs ou snobbisme?



Mary Meissner,
Vernier

Alors que notre mère Gea se secoue et cherche par tous les moyens à faire comprendre aux humains qu'elle en a assez de se faire maltraiter et polluer de la sorte, nos autorités helvétiques se chamaillent et sont incapables de s'entendre pour sauver notre petit territoire. Il suffit que de gros émirs pleins de dollars et des cheikhs du pétrole viennent agiter devant leurs yeux des milliards de dollars destinés à acheter nos champs, nos vallées et nos montagnes, pour qu'aveuglées, ces mêmes autorités de qui dépendent les autorisations de construire, perdent leur jugeotte.

On dirait qu'elles se croient aux Emirats Arabes Unis où les architectes et les entrepreneurs du monde entier s'en donnent à cœur joie à Dubai d'abord, pour bâtir des tours grattant les nuages, des îles en forme de palmier abritant des dizaines de palais plus élégants les uns que les autres, des rangées de maisons toutes semblables, des hôtels en forme de voiliers et d'une mappemonde posée sur la mer formée d'îles comme des continents entourés de spots lumineux. Ces colliers de perles d'un nouveau genre, extrêmement coûteux, sont

censés protéger ces énormes tas de sable arrachés aux fonds marins, des engins venant de la mer ou du ciel, nouveaux moyens de transport au style futuriste.

N'ayant pas de dunes à détruire ou à utiliser pour y construire de plus en plus de bâtiments, les Suisses vendent sans scrupule terrain, rochers et rivières pour que de riches étrangers viennent habiter dans de superbes logements interdits aux habitants devant parfois céder leurs derniers carrés de terre pour survivre chichement dans de petits chalets de bois.

Ces faramineux projets de construction dans les Alpes sont combattus par une initiative de Franz Weber et d'Helvetia Nostra intitulée «Sauver le sol suisse» afin de sauver notre environnement au profit de résidences secondaires qui deviendront rapidement des habitations principales au vu des arrivées massives de populations chassées par les guerres, la sécheresse, ou la montée des eaux.

La mondialisation se construisant sur la destruction tous azimuts des plus beaux paysages de la planète, nos sites les plus précieux vont être dénaturés, nos montagnes défigurées, nos villages bétonnés, nos marécages asséchés, nos forêts éliminées, nos lacs envahis et nos fleuves corsetés. Le peuple suisse sera réduit à se terrer chez lui, laissant aux touristes indifférents, les meilleurs endroits encore vierges qui très rapidement deviendront des poubelles. Il



faudra alors tripler nos stations d'épuration, balafrer nos champs ou ce qu'il en restera de routes, de pistes d'atterrissage et de voies de chemin de fer, créant un bruit infernal.

N'ayant plus de champs, les agriculteurs disparaîtront, plus de prés, les éleveurs partiront, et nous deviendrons des poupées folkloriques semblables aux tribus zoulous qui dansent pour les riches

touristes. Ce tableau hallucinant devrait faire trembler notre gouvernement, mais au vu des différentes conversations et interviews télévisées, ces ploucs n'ont pas l'air de se rendre compte que nous courrons à la catastrophe et que plus ils nous vendront aux pharisiens, moins il nous restera un espoir de survie! Peut-être se croient-ils invulnérables et immortels?

Doris se distingue

Y aurait-il entre les deux dames conseillères fédérales une sorte de compétition pour élaborer des événements sortant de l'ordinaire à qui fera le plus gros effet sur la population? Micheline, a réussi son coup avec une cérémonie du 1er août au Grütli, Doris a demandé à Genève de supprimer les amendes infligées aux mendiants qui infestent la ville et nos édiles ont accepté de le faire avec effet rétroactif au début de l'année. Vu que ces mendiants sont des Roms venus tout droit de Roumanie depuis l'ouverture des frontières, ou de France

où ils se sont installés aux abords d'Annemasse ou de Ferney, et que depuis le 1er juin il n'y a plus de douaniers aux frontières, c'est un défilé continu qui s'infiltré partout aux portes des grands magasins, des banques et des ponts, le long des quais et au sortir des cinémas. Nous l'avions prévu il y a plusieurs années, lorsque la soussignée revenue d'une cure en Roumanie avait tiré la sonnette d'alarme en décrivant le harcèlement dont elle avait été l'objet de la part de ces romani-chels infestant les parcs, les marchés et les gares de ce pays encore

sous la férule de Ceausescu. Depuis le changement intervenu à l'Est, il n'y a plus de barrières politiques, ni la peur des vopos. Et Doris Leuthard déclare ouvertement qu'elle aime ces gens et qu'elle veut les aider. Naturellement au détriment de notre propre sécurité! Sans compter les déchets et saletés diverses qui augmentent dans nos rues, nos arrêts de bus et nos toilettes publiques. Avec l'obligation de verser quelques sous pour avoir le permis de mendier, il y avait encore une certaine retenue, maintenant le diable est lâché et la prison de Champ Dollon devra être agrandie pour la deuxième fois, car ces gens ont des écoles

de vol à la tire et, déjà à lasi, Bucarest ou Eforia, des écriteaux rendent les passants attentifs aux voleurs. Merci Doris, quand donc leur offririez-vous votre jardin, puis votre maison?



1^{er} août-Fête nationale avec les Démocrates Suisses à Matten/BE

(voir page no 3)

Coup de gueule

De temps en temps cela fait du bien de pousser un gros juron pour dissiper une accumulation de colère. Après tant d'efforts pour avoir essayé de dissuader nos compatriotes à voter NON à la libre circulation des personnes, il y a vraiment de quoi s'énerver, car nos pronostiques de laxisme et de damping salarial ainsi que la préférence frontalière s'installent de plus en plus en Suisse et surtout dans les cantons frontières, Genève en tête. Les abus se multiplient et augmentent de 10% par mois. Les conditions de travail et de salaire sont de moins en moins respectées et le bâtiment est un des secteurs les plus touchés. Les contrôleurs multiplient des contrôles dans l'horlogerie, secteur en manque de spécialistes et qui respecte les conditions d'engagement, mais ils délaissent le

bâtiment, l'hôtellerie, les hôpitaux et les garages, surtout aussi dans les secteurs qui ne disposent pas de conventions collectives.

Mais abstraction faite de cette dernière condition, il n'est pas moins vrai que les abus confirment nos craintes et que la promesse de contrôleurs de 150 unités pour toute la Suisse était un monstrueux canular. De tels mensonges aident les partis menteurs qui prétendent être du côté des ouvriers et travailleurs, mais qui, en réalité prêchent pour les employeurs et les grosses boîtes qui se fichent complètement des questions d'éthique dans les normes officielles. Les associations patronales mises en cause réfutent ces hausses continues et promettent d'agir. Mais nous savons que les belles promesses rendent les fous joyeux. Promettre des coups

de balais dans les salons d'esthéticiennes qui se comptent sur les doigts d'une main, c'est le pied!

Il n'y a plus qu'à espérer que cet organigramme politique ne sera pas reconduit en 2008 lors de votations absolument nécessaires pour mettre de l'ordre dans ce foutoir.

Autre magnifique performance vis-à-vis des étrangers

Figurez-vous que la police genevoise rembourse les mendiants roumains et autres tziganes ayant été amendés pour mendicité sur la voie publique. Nous allons être la risée des profiteurs qui se frottent les mains, et des pays voisins qui ne manquent jamais une occasion de nous houxer. Non seulement ces femmes portant bébé, ces barbus affalés dans les coins de rue pourront tendre la main, mais ils ouvrent la porte à une nouvelle profession, celle de mendiants. Et c'est payant. Comment cela se fait-il

qu'un couple de Roms habitant sur France, se voit offrir plus de fr. 7000.- en remboursement d'amen- des infligées indûment par la police pendant cinq mois, car depuis le début de l'année, celles-ci sont inconstitutionnelles. Je me demande combien ces gens ont encaissé pour qu'on leur rembourse un probable 5 ou 10% de leurs gains? C'est un métier de fénéants qui rapporte gros! Espérons que Laurent Moutinot un édile responsable de cela, changera son fusil d'épaule et acceptera la décision du procureur Zappeli qui n'a pas encore eu gain de cause même s'il refuse ces remboursements aberrants qui vont provoquer un appel d'air de tous les romanichels du coin et d'outre-frontière qui n'attendent que cela.

Maria de Seimners

Le Pileri

L'Opéra-bouffe au Tribunal de Bülach

Lorsqu'un navire est en perdition, seul le Capitaine, maître à bord après Dieu, endosse la responsabilité de sauver son bateau et s'il ne le peut pas, de couler avec lui. Or pour **Swissair**, les six commandants en chef de cette compagnie, malgré leur signature apposée au bas de documents d'engagements mirobolants prometteurs de bonnes affaires, ont tous quitté le navire dès qu'il a pris l'eau, enfin presque, car tous prétendent avoir agi au mieux pour le sauver.

Sans revenir sur les détails sordides qui se soldent par un verdict de blanchissement doublé de remboursements financiers injustifiables, il y a lieu de se féliciter, nous, Démocrates Suisses, d'avoir dénoncé depuis des années, les injustices de la justice. Nous sommes heureux de voir que la plupart des citoyens de ce pays nous rejoignent aujourd'hui pour crier leur écœurement devant des verdicts dignes des pires mafiosi de l'histoire qui ont bénéficié des mêmes copinages incompréhensibles. Il est facile de dire que la justice ne prend pas en compte les sentiments et la morale en face des seuls faits, mais il serait temps d'inclure dans les jugements les sentiments humains qui conduisent aux faits, comme essaie de l'appliquer le pénal pour doser les peines. Donc, conclusion, il faut bloquer les parasols dorés octroyés injustement, et ne pas prendre en compte le jugement de Bülach qui ressemble à une parodie de justice

dans un opéra-bouffe. Cela ne m'étonne pas que Gerhard Ulrich de St-Prex ait eu la bonne idée de créer *Appel au Peuple*, une association de citoyens lésés par nos lois et notre justice. A quand une telle association sur le plan fédéral? Blocher n'est-il pas en charge du département de Justice et Police? Que fait-il pour nettoyer les écuries d'Augias?

Autre farce dans l'opérette italienne de Prodi

Voilà un pays pourri par ses nombreuses mafias qui se sont infiltrées jusque dans le gouvernement à tous les niveaux qui siège au Conseil de sécurité de l'ONU, et à Bruxelles dans les hautes sphères de l'U.E. Ce personnel privilégié qui est engagé par milliers avec des salaires faramineux, mange à tous les râteliers, se distribue par népotisme les meilleures planques, alors qu'il n'aide en rien le peuple italien. Prodi a engagé 1077 salariés sans compter le personnel militaire et cela coûte 217 millions d'euros aux contribuables transalpins, le salaire du président est de 18 878 euros par mois alors que Sarkozy n'en touche que 6714 et Poutine 4250. La palme revient aux députés européens italiens qui gagnent 149 215 Euros par an, contre 84 100 pour leurs homologues allemands et 10 080 pour les Hongrois. Il y a plus d'un demi-million de voitures de fonction pour 180 000 élus. Le coût de cette représentation du peuple est équivalent aux budgets de la France, de l'Allemagne, de la Grande Bretagne et de l'Espagne réunis. Quant au financement des partis il se monte à 200

millions d'euros contre 74 millions en France. Le coût total du fonctionnement politique italien se monte au total à 4 milliards d'euros. Pour en arriver là, il y a les vols d'Etat, les treize avions du gouvernement plus 60 millions pour location d'avions privés, plus toutes «les consultations techniques» in-chiffrables. Et qui parle de mafia dans l'U.E.? Personne, c'est normal de voir l'un de leurs membres exagérer dans ses dépenses, c'est le contribuable qui paie. Tout comme Swissair et ses grands pontes. L'argent n'a plus ni valeur ni odeur. Les milliards s'entassent dans des comptes bancaires disséminés autour de la planète, alors qu'ils pourraient servir à solutionner tant de problèmes cruciaux! Ceux qui thésaurisent de cette façon croient-ils emporter cette manne dans l'au-delà?

Nouvelle convention européenne

Ces 27 délégués passent des nuits blanches pour mettre sur pieds un document simplifié de nouvelle convention européenne. Sarkozy commence très tôt à se rendre compte qu'il aura affaire à forte partie sur bien des points litigieux. Ce qui m'étonne c'est qu'il n'ait pas dit au président Kaczynski et à son frère jumeau, que la Pologne, si elle a perdu des citoyens pendant la Seconde Guerre mondiale a eu la chance d'être délivrée des bolcheviques moscoutaires grâce aux Alliés qui font maintenant partie intégrante de l'UE les ayant acceptés en leur sein. Chipoter pour un nombre de voix est enfantin et re-

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

- Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)
 Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates Suisses** **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

vanchard à postériori contre un adversaire qui a lui aussi perdu des millions de citoyens et son honneur allemand. Quand on veut s'intégrer dans une entité politique forte afin d'être protégé, OTAN compris, il y a lieu de faire des concessions. Les Polonais ont la tête dure, et Sarkozy devrait montrer plus d'arguments convaincants.

Ce qui est étonnant c'est le silence au sujet de la Turquie. Est-ce pour éviter un écueil de plus sur le chemin de l'entente cordiale pourrait-on dire? Là aussi, Sarkozy qui joue à la locomotive devra se rappeler que Recep Erdoğan, premier ministre, déclarait il n'y a pas si longtemps:

«*La démocratie est un moyen, pas un but.*» Cet homme dont la femme et les filles portent le voile cite volontiers Ziva Gökalp, un des pères du nationalisme islamique; «*Les minarets sont nos baïonnettes, les coupoles nos casques, les mosquées nos casernes et les croyants nos soldats.*» La soussignée a voté en Suisse contre les minarets que voulaient ériger les musulmans, en décrivant ceux-ci comme des fusées dangereuses. Elle n'avait pas lu les versets de Ziva Gökalp. *Octopus*

Le créationisme

Les fanatiques américains qui veulent imposer un retour à la Bible des premiers temps en reniant la théorie de Darwin, agissent avec trop de virulence pour être suivis par les Occidentaux. Trop d'individus dans le monde ont été éduqués dans l'histoire cartésienne de l'évolution, doublée des découvertes cosmiques inimaginables aux temps des Pharaons puis des initiateurs de la Bible, pour qu'ils n'essaient pas de stopper cette idée américaine basée sur des inventions impondérables. Ces fondamentalistes auraient mieux fait de présenter leurs convictions neomodernistes en expliquant que la Bible tout en décrivant une parabole soi-disant historique, relatait le fait que deux singes avaient été génétiquement modifiés après l'éradication des monstres antédiluviens. Dieu pour appeler ainsi cette force cosmologique inconnue qui gouverne l'univers aurait doté ces animaux d'un cerveau, de la parole et de la possibilité de se déplacer debout, tout en leur conseillant de se comporter dignement comme la nature et d'éviter de se nourrir avec n'importe quoi comme le cannabis ou le pavot, les champignons hallucinogènes ou les fruits dangereux, sous peine de conséquences exponentielles. L'ancien et le nouveau testaments

gardaient ainsi le déroulement des événements bibliques millénaires bourrés de faits scandaleux, kabalistiques et miraculeux parfaitement logiques. La manière utilisée va créer de nouveaux conflits interreligieux ce qui est inacceptable et indigne d'aujourd'hui.

Charlotte Morel

Droit au suicide et dons d'organes

Ces deux questions récurrentes avaient déjà été posées il y a quelques années, ce qui a conduit à une loi sur le droit de mourir dans la dignité octroyé avec parcimonie à Exit et Dignitas, alors que le don d'organes est resté volontaire. Mais le frémissement qui s'installe dans les milieux médicaux directement confrontés à ces opérations de la dernière chance, insistent sur la nécessité de légiférer en la matière. A l'époque j'avais souligné la dangerosité de prélever des organes sur une personne cliniquement morte, vu qu'il y avait eu quelques cas de résurrection d'un coma prolongé, après plusieurs années. Preuve en est d'ailleurs ce miracle il y a quelques mois, d'un homme sorti de son coma après 19 ans. Et aux USA des chercheurs avaient eux-mêmes mis en doute la mort clinique si seul le cerveau n'était plus irrigué quand le cœur battait. J'avais alors proposé d'inclure dans un testament biologique la demande d'injecter du penthotal comme pour une opération normale, avant le prélèvement d'un rein, d'un foie ou d'un cœur, ou tout autres organes de remplacement. Le Dr. Morel de Suisse-Transplant n'avait pas été d'accord

avec mon raisonnement. Aujourd'hui, je reviens à la charge en demandant qu'une telle pratique soit inscrite dans une loi et je suis sûr qu'il y aura deux fois plus de donateurs.

Quant à la question de mourir dans la dignité en ingurgitant une potion létale douce et sans douleur, elle est parfaitement légitime si le mourant est grabataire et souffre le martyr. L'acte est également légitime si la personne n'est plus qu'un légume très coûteux à entretenir. L'IVG est plus facilement acceptée. Y a-t-il là un calcul sordide influençant le chiffre d'affaires des assureurs? Dans les deux cas, ce sont des êtres humains qui devraient avoir droit aux mêmes conditions de vie ou de mort.

Maria de Seimners

Vaccin anti-cancer pour adolescentes

Au lieu de chercher un moyen

d'éviter le cancer de l'utérus aux femmes dès leur adolescence, ne vaudrait-il pas mieux les punir en cas de relations sexuelles précoces, et fixer l'âge de vingt ans pour commencer ces exercices vaginaux. Il y a des amendes infligées pour des dépassements de vitesse, pour des écoutes au volant, pour des comportements vulgaires et des exhibitions pornographiques sur le net. Maintenant on peut y ajouter l'interdiction de fumer dans des endroits fermés et le bruit est sous surveillance.

D'ailleurs j'ai pu lire qu'à l'étranger où ce vaccin a été utilisé, des filles en sont mortes ou ont dû être hospitalisées, gravement malades. L'industrie chimique ne sait plus quoi inventer avec la complicité d'apprentis sorciers sans morale, pour empoisonner le genre humain avec profit à la clef. Domage que dans ce cas là, le Vatican reste muet. *Maria de Seimners*

Offrez vos églises vides!

L'initiative qui veut interdire les minarets, bien qu'elle ait une chance de réussir et même de passer la rampe du verdict populaire, est irréalisable pour des raisons juridiques et constitutionnelles. (...)

Cette initiative aurait dû être intitulée «contre la construction d'édifices culturels», étant donné qu'en Suisse il y a pléthore d'églises surdimen-



sionnées qui sont quasiment toujours vides et ne servent donc pas à grand-chose. Vu la rareté et la cherté des terrains à bâtir, il est économiquement aberrant d'ériger d'autres églises, des mosquées, des synagogues, des temples hindous ou bouddhiques, etc. Que les Eglises catholique et protestante offrent leurs édifices devenus superflus en vente ou en location aux autres croyances! Ainsi, aucune religion ne serait discriminée, et l'église resterait au milieu du village.

Max-P. Morf, Genève

Que faire face au dilemme suivant?

Quelques membres de notre parti m'ont contactée pour que j'accepte d'aller à la télévision afin de défendre l'unique siège des Démocrates Suisses au Conseil fédéral. Comme vous le savez, me consacrant depuis plusieurs années à n'être qu'une correspondante-journaliste-rédactrice, de notre journal le Démocrate Suisse anc. Peuple et Patrie, j'ai perdu le sens de la politique politicienne et ne me consacre qu'aux thèmes qui me passionnent. Plus on avance en âge, et moins on s'intéresse à tous les problèmes récurrents qui stagnent, ou à ceux qui surgissent chaque jour autour de nous.

Alors j'ai accepté d'aller au casse-pipe télévisé devant des débats généralement fourbes, subtilement rusés et toujours partiels, à condition de savoir à l'avance quels seront les thèmes que je devrai défendre. La rubrique des chiens avec

ou sans muselière, les impôts qui doivent être traités par des spécialistes chevronnés, l'influence des partis les uns par rapport aux autres, les massacres en Iraq, au Liban, en Afghanistan ou à Gaza, les démêlés de Georges Bush avec ses déficits abyssaux ou les prouesses de Bertrand Piccard, ne m'intéressent que marginalement. Par contre si les questions concernent ce qui touche de près mes concitoyens comme la dangerosité de l'islam qui veut imposer la charia ou ses tribunaux comme en Angleterre, l'ingérence de Bruxelles dans notre politique fédéraliste, l'augmentation des semences OGM dans nos champs provoquant la disparition des abeilles, la pénalisation des gestes secourables aux grabataires qui demandent l'aide au suicide, l'afflux des frontaliers en Ajoie, à Bâle, au Tessin et à Genève qui contribuent au dam-

ping salarial sans que les contrôleurs promis aux votations sur Schengen s'intéressent à ces dégradations généralisées, ou la tendance à vouloir à tout prix entrer dans l'U.E. ce mastodonte dilapidant les deniers populaires avec une bureaucratie bolchévique, d'accord, j'essaierai de me décarcasser. Mais là aussi je me permettrai de faire des remarques pamphlétaires ou si, muselée, je suis prête à me lever et quitter le plateau. Une autre demande sera faite de ma part. La caméra ne devra jamais me filmer en gros plan. Voilà. Si mes fidèles lecteurs sont d'accord avec moi, ainsi naturellement que Bernard Hess, notre président et le seul représentant des Démocrates Suisses au Parlement, je me sentirai dans mon bon droit et je vous remercie d'avance.

Mary Meissner

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident, Bern (CR)
Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. Dragan J. Najman, Baden

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

SD lancieren Initiative zur Abschaffung der Rassismusstrafnorm

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat am Samstag, 30. Juni 2007, im Restaurant Beau-lieu in Bern den Text der neuen SD-Initiative zu Händen der Bundeskanzlei bereinigt, der nun wie folgt lautet:

«Für freie Meinungsäusserung – Weg mit dem Maulkorb!»

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 16 der, Abs. 4 (neu)

Im Rahmen demokratischer Meinungsprozesse und Auseinandersetzungen ist die Meinungsäusse-

rungsfreiheit in jedem Falle gewährleistet und darf durch keine gesetzlichen Bestimmungen eingeschränkt werden.

Übergangsbestimmungen Art. 197 (neu)

Nach Annahme des Verfassungsartikels sind die Artikel 261^{bis} StGB (Rassismusstrafnorm im Strafgesetzbuch) sowie Artikel 171 c MStG (Rassismusstrafnorm im Militärgesetz) unverzüglich zu streichen und es dürfen keine Verurteilungen mehr gemäss Art. 261 bis StGB und Art. 171 c MStG vorgenommen werden.

Das SD-Volksbegehren dient auch als Druckmittel gegenüber Justizminister Christoph Blocher, die angekündigten Änderungen der Rassismusstrafnorm wirklich wahr zu machen. Zum Wahlkampfauf-takt, anlässlich der traditionellen 1.-August-Feier der Partei in Mat-ten bei Interlaken, wollen die Schweizer Demokraten offiziell mit dem Sammeln der Unterschriften für die Anti-ARG-Initiative be-ginnen.

Schweizer Demokraten (SD),
sig. Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralpräsident

Petition

Das Rütli gehört allen!

Um viele Unterschriften zu sammeln, kopieren und verteilen Sie diese Bittschrift an alle, welche die Schweiz als Heimat schätzen und lieben!

An den Bundesrat, Nationalrat und Ständerat

Die Unterzeichnenden bitten unsere Behörden, folgendes in die Wege zu leiten:

Am 1. August soll alljährlich auf dem Rütli eine Bundesfeier stattfinden.

Die Durchführung dieses Anlasses soll von der Rütlikommission auch an Organisationen mit ideeller Verbundenheit zur

Schweiz und Liebe zur Heimat delegiert werden können. Es geht darum, den Geburtstag der Eidgenossenschaft gemeinsam in würdigem Rahmen friedlich zu feiern. Es gilt das Prinzip: Das Rütli ist jederzeit offen für alle!

Die Kosten für die Organisation der Feier müssen niedrig gehalten werden.

Allfällige begründete Mehrkosten sollen durch den Bund übernommen werden. Es ist ausgeschlossen, dass Unternehmungen oder Institutionen diesen Anlass mit Sponsorenbeiträgen mitfinanzieren und so auf diesen Gedenktag Einfluss nehmen.



Der Zugang zum Rütli darf nicht durch ein Ticketsystem oder durch Hemmnisse bei der Zufahrt auf dem See- oder Gehweg behindert werden.

Mit allen Kursschiffen muss für die Passagiere am Landungssteg Rütli – wie an normalen Tagen – ein Ein- und Aussteigen möglich sein.

Eine jede Rütlifeier soll im Sinne der schweizerischen Unabhängigkeit und Freiheit sowie der Festigung der eidgenössischen Solidarität durchgeführt werden.

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Name: (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname:	Genaues Geb.datum: (T / M / J)	Wohnadresse: (Strasse, Hausnummer, Ort)	Eigenhändige Unterschrift

Bitte Petitionsbogen bis 31. Oktober 2007 an folgende Adresse einsenden: Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern. Weitere Bogen können heruntergeladen werden: www.schweizer-demokraten.ch

Unterschriftsberechtigt sind alle urteilsfähigen Menschen! (Schweizer, Jugendliche, gar Ausländer, die das Rütli für die Schweiz von gestern, heute und morgen als wichtiges Symbol für Unabhängigkeit und Freiheit betrachten.)